

Wetter: 16° bis 29°
Der Sommer zeigt noch einmal eine späte Blüte

Viel gesünder
Wie Sie Ihre Füße fit halten ▶ Seite 8

Viel entspannter
Trainer Jupp Heynckes im AN-Interview ▶ Sport

Aachener Nachrichten

ÜBERPARTEILICH · UNABHÄNGIG

Dienstag, 8. September 2009 · 65. Jahrgang · Nummer 208

1,10 Euro



Krankenkassen im Plus

Ministerium: Spielraum für Schweinegrippe-Impfung

Berlin. Trotz aller Befürchtungen haben die gesetzlichen Krankenkassen die Rezession bislang gut überstanden. Im ersten Halbjahr schrieben sie erneut schwarze Zahlen und erzielten einen Überschuss von 1,2 Milliarden Euro. Damit hat sich ihre Finanzlage nach dem Start des Gesundheitsfonds „weiter stabilisiert“, teilte das Gesundheitsministerium am Montag in Berlin mit.

Einnahmen von 85 Milliarden Euro standen Ausgaben von 83,8 Milliarden Euro gegenüber. Für die medizinische Versorgung der

Versicherten stehen demnach im Gesamtjahr 167,6 Milliarden Euro zur Verfügung. Das seien 11 Milliarden Euro mehr als 2008.

Die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds dürften 2009 laut jüngsten Angaben des Schätzerkreises die prognostizierten Ausgaben um 1,1 Milliarden Euro übersteigen. Damit gebe es „Spielräume“ zur Finanzierung der Impfungen gegen Schweinegrippe, „ohne dass die Kassen allein hiermit die Erhebung von Zusatzbeiträgen begründen könnten“, betont das Ministerium. (dpa)

Nach Rüttgers nun Laschet in der Kritik

Grünen-Politiker Priggen attackiert Landesminister, weil der den Ministerpräsidenten schützt. Rumänen-Äußerung sei „systematisch“ erfolgt.

VON JOHANNES NITSCHMANN

Düsseldorf. Die abfälligen Äußerungen von NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) über Rumänen und Chinesen ziehen weiter Kreise. Nun gerät Integrationsminister Armin Laschet ins Visier der Opposition. Der Aachener Politiker hatte seinen Parteifreund Rüttgers am Wochenende verteidigt. Rüttgers sei „diese Formulierung im Eifer für diesen Standort durchgegangen“, hatte Laschet gesagt. Hintergrund seien „nicht

Fremdenfeindlichkeit oder Rassismus, sondern der Einsatz für Arbeitskräfte hier im Ruhrgebiet. Und hier sind Menschen aller Art beschäftigt, nicht nur Deutsche.“

Der Aachener Grünen-Politiker Reiner Priggen wirft Laschet nun vor, er stelle sich „wider besseres Wissen vor seinen Ministerpräsidenten“. Laschet sei „viel zu klug“, um nicht zu erkennen, dass Rüttgers im zurückliegenden Kommunalwahlkampf „systematisch auf der Klaviatur fremdenfeindlicher Ressentiments gespielt habe“, erklärt der Vizechef der Grünen Landtagsfraktion. Von einem rhetorischen Ausrutscher könne keine Rede sein. Priggen zeigt sich zudem empört über die Laschet-Aussage, die SPD zerstöre mit den „verfälschend zusammengeschnittenen Videoclips das einzigartige Integrationsklima in NRW“. Hier würden die Vorgänge „auf den Kopf gestellt“, sagte Priggen. Nicht etwa die SPD, sondern alleine der Ministerpräsident zerstöre mit seinen „Entgleisungen“ das Integrationsklima.

Die Opposition will Rüttgers am Mittwoch in der Haushaltsdebatte im Landtag wegen seiner „ausländerfeindlichen Äußerungen“ zur Rede stellen. Obwohl sich Rüttgers zwischenzeitlich entschuldigt hat, wollen SPD und Grüne von ihm wissen, bei wie vielen Auftritten er die Rumänen-Passage in seinen Reden benutzt hat. ▶ Seite 2

Journalist erstattet Anzeige gegen Rüttgers

Der in Bukarest geborene Journalist Vlad Georgescu hat wegen der abfälligen Äußerungen über Rumänen Strafanzeige gegen Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) erstattet. Wie ein Sprecher des Landesinnenministeriums am Montag bestätigte, prüfe die Staatsanwaltschaft Duisburg die Anzeige nun auf die „strafrechtliche Relevanz der Vorwürfe“. Georgescu sagte, Rüttgers habe „Millionen von Menschen beleidigt, die als deutsche Staatsbürger zum Gemeinwohl beitragen, aber ihre Wurzeln im Ausland haben“. Deshalb müsse ihn CDU-Chefin Angela Merkel aus der Partei ausschließen. (jn)

Kurz, aber kämpferisch: Steinmeier in Aachen



Er kam leicht verspätet nach Aachen und blieb nur kurz in der Stadt. Doch der Wahlkampf-Auftritt von SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier am Montagabend vor 2500 Menschen auf dem Katschhof geriet dafür umso kämpferischer. Umringt sowohl von der regionalen SPD-Pro-

minenz als auch von sozialdemokratischen Gästen aus Nachbarländern wie etwa dem luxemburgischen Außenminister Jean Asselborn oder dem Ministerpräsidenten der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Karl-Heinz Lambertz, machte Steinmeier eine Kampfans-

ge an Union und FDP: „Mit Schwarz-Gelb droht die Spaltung unserer Gesellschaft“, sagte er. Die SPD werde das verhindern. Auch zu Afghanistan äußerte sich der Kandidat – als Außenminister, der er auch ist, aber deutlich zurückhaltender. (an) Foto: Andreas Steindl ▶ Seite 2

„Die Partei“ will die Macht übernehmen

Aachen. Die Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative – kurz: „Die Partei“ – will die Macht in Deutschland übernehmen und die Berliner Mauer wieder aufbauen. So steht es im Parteiprogramm. Ihr Gründer und Bundesvorsitzender ist der ehemalige Chefredakteur der Satire-Zeitschrift „Titanic“, Martin Sonneborn. Ist das alles einfach nur zum Lachen? Und wie ernst muss man eine sogenannte Spaßpartei eigentlich nehmen? ▶ Die Seite drei

Ernährer hat ausgedient

Studie: Frauen wollen gleichwertige Partnerschaft

Berlin/Hamburg. Die jungen Frauen in Deutschland sind beim Thema Kind und Karriere kompromissloser geworden. Sie wollen ihr eigenes Geld verdienen und wünschen sich im Gegenzug einen Mann, der sich Zeit für die Familie nimmt, wie eine am Montag vorgestellte Studie im Auftrag der „Brigitte“ ergab. Das Einkommen ihres Partners interessiert sie demnach am wenigsten. Gefragt sei die gleichwertige Partnerschaft, das Modell des Ernährers habe ausgedient, lautet das Fazit. Nur noch 17 Prozent der Frauen

würden für ihren Partner den Beruf wechseln. 2007 waren das noch 37 Prozent. Nur 28 Prozent würden für den Job die Familie vernachlässigen, im Vergleich zu 47 Prozent vor zwei Jahren. Ein Verzicht auf Kinder, nur weil der Partner das so will, käme nicht einmal für jede Zehnte in Frage.

Ihre beruflichen Chancen beurteilen junge Frauen trotz der problematischen Lage auf dem Arbeitsmarkt zuversichtlich. Trotzdem seien sie unzufrieden, weil sie weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. (afp)

Merkel gibt Regierungserklärung zu Afghanistan ab

Massive Kritik an Informationspolitik des Verteidigungsministeriums zu Bombardement. Opferzahlen immer noch umstritten.

Berlin. Angesichts massiver Kritik an der Informationspolitik zum Luftangriff in Kundus wird Kanzlerin Angela Merkel (CDU) erstmals eine Regierungserklärung nur zum Afghanistan-Einsatz abgeben. Abgeordnete der Opposition, aber auch der SPD beklagten am Montag in Berlin, dass sie noch keine ausführlichen Angaben des Verteidigungsministeriums über den Bundeswehrbefehl zur Bombardierung zweier Tanklastwagen mit Dutzenden Toten in der Nacht zum Freitag hätten. Merkel wird am Dienstagvormittag Stellung zu dem Angriff beziehen.

Weiterhin gab es unterschiedliche Angaben zur Zahl der Getöteten und darüber, ob auch Zivilis-

ten starben. Zwei US-Kampfflotten hatten auf Anforderung der Bundeswehr rund sechs Kilometer entfernt vom Standort des deutschen Wiederaufbauteams die beiden von den Taliban entführten Fahrzeuge bombardiert.

Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) betonte, er denke trotz der Kritik nicht an Rücktritt. Unter Berufung auf afghanische Berichte bekräftigte sein Ministerium, dass 56 Aufständische getötet wurden und nach wie vor keine Angaben über den Tod von Zivilisten vorlägen. Jung sagte: „Eindeutig erscheint mir, dass der überwiegende Anteil Taliban gewesen sind.“ Sein Sprecher Thomas Raabe sagte, zwölf Menschen seien

verletzt worden, darunter ein Kind. Die Nato zählte 125 Opfer. Nach Angaben des Distrikt-Gouverneurs von Char Darah, Abdul Wahid Omarkhel, starben min-

destens 135 Menschen, darunter auch Kinder. Er habe eine Liste der Opfer erstellt und der Delegation von Präsident Hamid Karsai übergeben, die den Vorfall untersucht.

EU-Beobachter: Betrug bei Präsidentenwahl

Bei der afghanischen Präsidentenwahl ist es laut Beobachtern zu massiven Unregelmäßigkeiten gekommen. „Es gab Wahlbetrug im großen Stil“, sagte Dimitra Ioannou, stellvertretende Leiterin der EU-Wahlbeobachtermission in Afghanistan, dem „Tagesspiegel“.

„Wir haben herausgefunden, dass in das bisherige Ergebnis

mehr als 400 Wahllokale mit verdächtigen Zahlen einbezogen wurden“, sagte Ioannou. Diese Ergebnisse hätten von Anfang an annulliert werden müssen.

Die EU-Beobachter empfehlen der Wahlkommission, die fragwürdigen Ergebnisse zu prüfen und zu klären, wie sie überhaupt in das Gesamtergebnis gelangen konnten. (dpa)

Auch die Nato-Schutztruppe Isaf untersucht den Luftangriff.

Jungs Sprecher sagte: „Dieser Einsatz war militärisch notwendig und richtig.“ Er wies Kritik an seiner Informationspolitik zurück. Er habe stets gesagt, er gebe nur seinen gegenwärtigen Kenntnisstand wieder. „Ich informiere über Fakten und nicht über Spekulationen.“ SPD-Generalsekretär Hubertus Heil sagte hingegen: „Die Art und Weise, wie Jung agiert, ist nicht immer glücklich.“ Und: „Deutschland hatte schon stärkere Verteidigungsminister als Herrn Jung.“ (dpa) ▶ Seite 4

HEUTE IM LOKALTEIL

► Einbruch bei der Gewerbesteuer

Nach Informationen der „Nachrichten“ ist es auch in Aachen zu einem gewaltigen Einbruch bei der Gewerbesteuer gekommen. Möglicherweise muss der Ansatz von 155 Millionen Euro um 20 Millionen nach unten korrigiert werden. Eine Haushaltssperre droht.

► CDU will die Ampel verhindern

► Klagen über aggressives Betteln

KURZ NOTIERT

Fußball-Frauen stehen im Finale der EM

Helsinki. Die deutschen Fußball-Frauen haben am Montagabend bei der Europameisterschaft in Finnland das Endspiel erreicht. Die DFB-Auswahl gewann nach großem Kampf 3:1 gegen die Norwegerinnen. Der Gegner im Finale am Donnerstag ist das englische Team. (dpa) ▶ Sport

Neues Gesicht für Aachens Pfalzbereich

Aachen. Plätze, Sträßchen und Ecken der alten Kaiserpfalz sollen nach dem Siegerentwurf Düsseldorf Architektinnen für 3,4 Millionen Euro neu gestaltet werden. Zentral dabei sind eine einheitliche Bodengestaltung, das Lichtkonzept sowie eine Freitreppe auf dem Katschhof. (wos) ▶ Lokales

DER, DIE, DAS

Sarkozy und die Sache mit der Körpergröße

Wie groß Monsieur le Président wirklich ist, weiß niemand so genau. Zwischen 1,65 und 1,70 Meter sollen es sein. Aber als französischer Staatschef lässt Nicolas Sarkozy natürlich niemanden über sich gelten. Deshalb wurde eine Arbeiterin auch nach Körpergröße ausgesucht, als Sarkozy bei einer Fabrikbesichtigung Hände schütteln wollte. Sagt zumindest die Arbeiterin. Sarkozys Sprecher meint hingegen, das sei „albern“ und „grotesk“.



FAMILIENANZEIGEN

Heute im Produkt Lokales

KONTAKT

Zeitungszustellung:
Telefon: 0180/100 1400*
Fax: 0241/5101-790

Verlag (Zentrale):
Telefon: 0241/5101-0

Redaktion:
Telefon: 0241/5101-3 10
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)
Fax: 0241/5101-440

AN im Internet:
www.an-online.de
Anzeigenannahme:
Telefon: 0180/100 1200*
Fax: 0241/5101-790

*Rund um die Uhr 3,9 Cent je angefangener Minute; abweichende Preise für die Anrufe aus dem Mobilfunknetz möglich.

Forum im Internet:
www.an-online.de

